

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 2002

Schwergewicht Terrorbekämpfung

Im Zentrum der Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung im Jahr 2002 standen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, insbesondere des islamischen Terrorismus. Derzeit ist davon auszugehen, dass Österreich oder österreichische Interessen nicht unmittelbar Ziele islamischer Terrororganisationen sein werden.

Die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität Österreichs bot auch im Jahr 2002 keine Basis für das Entstehen eines innerstaatlichen Terrorismus beziehungsweise das Entstehen oder Anwachsen extremistischer Phänomene, die eine ernsthafte Bedrohung für die innerstaatliche Sicherheit hätten darstellen können. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht hervor, der im Oktober 2003 veröffentlicht worden ist. "Um die Staatsschutzaufgaben wahren zu können, müssen die für die innere Sicherheit Österreichs maßgebenden Faktoren laufend untersucht und ausgewertet werden", sagt Dr. Gert-René Polli, Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT). "Das Schwergewicht lag daher eindeutig im Bereich der Terrorismusbekämpfung."

Der Verfassungsschutzbericht beleuchtet die Tätigkeitsfelder des Verfassungsschutzes und beurteilt insbesondere das staatsschutzrelevante Gefährdungspotenzial im Lichte der Terrorismusbekämpfung. Der Verfassungsschutzbericht wird jährlich herausgegeben und soll die Arbeit des Staatsschutzes dokumentieren und transparent machen. Berichtet wird über Rechts- und Linksextremismus, militanten Tierschutz, Terrorismus, Spionageabwehr, Proliferation und staatsschutzrelevante Bereiche der organisierten Kriminalität.

Terrorismus

Die internationale Lage war auch im Jahr 2002 durch die Auswirkungen des 11. September 2001 gekennzeichnet. Im Zentrum der Aktivitäten des BVT standen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, insbesondere des islamischen Terrorismus. Derzeit ist davon auszugehen, dass Österreich oder österreichische Interessen nicht unmittelbar Ziele islamischer Terrororganisationen sein werden.

Die Mehrzahl der wesentlichen Organisationen des islamischen Extremismus, ob aus der Türkei, dem arabischen Bereich, dem indischen Subkontinent oder aus Afghanistan stammend, sind als Teil des internationalen Netzwerkes im Bundesgebiet vertreten. Deutlich erkennbar war der Versuch extremistischer Gruppierungen und Aktivisten, in Österreich unter den gegebenen Verhältnissen möglichst unauffällig zu wirken. "Deutlich vermehrt zeigten sich im Jahr 2002 Interaktionen im islamischen Extremismus, die über ethnische und ideologische Grenzen hinausreichen. Dabei zeichnete sich auch die Entstehung von neuen, zeitlich befristeten, Interessengemeinschaften ab", erläutert Polli. Diese Wahrnehmungen standen im Einklang mit Erkenntnissen, die in mehreren europäischen Staaten bei gerichtlichen Maßnahmen gegen Gruppen islamischer Extremisten gewonnen wurden. Neben dem Nahen und Mittleren Osten wird Südostasien für terroristische Aktivitäten zunehmend an Bedeutung gewinnen. Besonders gefährdet werden auch weiterhin in erster Linie Einrichtungen und Objekte der USA, deren Verbündete sowie Israels sein. Polli: "Von zentraler Bedeutung für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des

Terrorismus wird auch weiterhin die praktische Umsetzung der beschlossenen EU-Maßnahmen und der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats sein. Aus Sicht des BVT ist von einer zunehmenden Vernetzung nationaler und internationaler Behörden im Lichte der Bekämpfung des Terrorismus auszugehen. "

Ethnischer und nationalistischer/separatistischer Extremismus und Terrorismus. Im Bereich des ethnischen bzw. separatistischen Extremismus war das österreichische Lagebild im Jahr 2002 primär von den Aktivitäten der kurdischen und südosteuropäischen Organisationen geprägt. Die Beschaffung finanzieller Mittel sowie die Entfaltung verschiedenster propagandistischer Handlungen stellten den Schwerpunkt der von diesen Gruppen gesetzten Aktivitäten dar. "Die Anzahl rechtswidriger Handlungen bewegte sich auf niedrigem Niveau und ein Anstieg ist auch im nächsten Jahr kaum zu erwarten ", schätzt Polli.

Rechtsextremismus

Im Jahr 2002 war eine leicht rückläufige Tendenz im Bereich rechtsextrem motivierter Tathandlungen zu verzeichnen (326 im Jahr 2002, 335 im Jahr 2001). Gleichzeitig konnte durch das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden die Aufklärungsquote erhöht werden (von 57,3 % 2001 auf 60,7 % 2002). Ermutigend war ein deutlicher Rückgang der Anzahl jugendlicher Straftäter, im Vergleich von 82 im Jahr 2001 auf 72 im Jahr 2002. Jedoch blieben Strukturen und Erscheinungsbild der extremen Rechten im Wesentlichen unverändert. Die Szeneaktivitäten wurden vorwiegend von Skinheads, die insbesondere in den westlichen Bundesländern auftraten, sowie von der auf intellektueller und propagandistischer Ebene aktiven Revisionisten- und Ideologenszene geprägt. Das BVT rechnet mit einem Anstieg des vorwiegend rassistisch und fremdenfeindlich motivierten Rechtsextremismus im Bereich der Skinheadszene. Analog zu den Vorjahren waren eine starke Anlehnung an die deutsche Szene sowie die verstärkte Nutzung des Internet als Kommunikations- und Propagandamittel zu beobachten.

"Von der rechten Szene geht derzeit keine Gefahr aus, wobei allerdings Aktionen von Einzeltätern nie ausgeschlossen werden können ", vermutet der BVT-Direktor. "Das BVT konnte im vergangenen Jahr eine stärkere Vernetzung der deutschen mit der österreichischen Szene beobachten, wobei vor allem das Internet intensiv genutzt wurde. Die Vernetzung mit amerikanischen Rechtsextremisten hingegen blieb auf Einzelfälle beschränkt. "

Linksextremismus

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten der linksextremistischen Gruppen kam es wie in den vergangenen Jahren auch 2002 zu Sachbeschädigungen, die auf Grund von Bekennerschreien, Parolen oder der Vorgangsweise diesem Lager zugeordnet werden konnten. "Im Bereich des Linksextremismus hat es zwar eine leichte Zunahme der Straftaten gegeben, allgemein ist aber eine Zurückdrängung des militanten Bereichs feststellbar ", berichtet Polli. Neben den militanten linksextremen Gruppierungen etablierte sich eine Anti-Globalisierungsbewegung, die einen eigenständigen, moderaten und gewaltfreien Weg bestritt. Der Großteil der Aktionen der gemäßigten Globalisierungsgegner wurde daher unter weitgehendem Ausschluss der radikalen Kräfte organisiert und durchgeführt, was erheblich zu einem durchwegs friedlichen Verlauf des European Economic Summit (EES) in Salzburg beitrug. Die von radikalen Kräften veranstaltete Opernballdemonstration verlief ebenfalls weitgehend ohne sicherheitsrelevante Vorfälle. "Es ist aber davon auszugehen, dass die radikale Linke versuchen wird, ihren in der Anti-

Globalisierung verlorenen Einfluss zu kompensieren und sich wieder verstärkt den Themen Rechtsextremismus sowie weltpolitischen Themen wie dem Anti-Amerikanismus oder dem Palästina-Konflikt zu widmen", heißt es im Verfassungsschutzbericht.

Militanter Tierschutz

Im Vergleich zum Jahr 2001 war im Bereich des militanten Tierschutzes eine qualitative Änderung in der Vorgangsweise, jedoch nicht in der Anzahl der strafrechtlichen Taten feststellbar. Das Legen eines Großbrandes in einem Tierhaltungsbetrieb unterstreicht die besondere kriminelle Energie, die zumindest Teilen der militanten Tierschutzszene inne wohnt. Die vorliegenden Indikatoren lassen für die Zukunft eine weitere Zunahme der Aktivitäten im Bereich des militanten Tierschutzes erwarten.

Nachrichtendienste und Spionageabwehr

Österreich hat eine herausragende geopolitische Lage und in Wien haben sich viele internationale Organisationen konzentriert. Im Vergleich zu anderen Ländern sind in Österreich daher überproportional viele ausländische Nachrichtendienstmitarbeiter vertreten. Österreich hat auch 2002 seine Attraktivität als Operationsgebiet für fremde Nachrichtendienste beibehalten. Aufklärungsziele sind heimische Politik, Wirtschaft und Streitkräfte, aber auch Personen und Gruppen, die in Opposition zum Regime im jeweiligen Heimatland stehen. Trotz der hohen Präsenz der unterschiedlichen Dienste in Österreich konnten im Berichtszeitraum 2002 keine Aktivitäten strafrechtlicher Natur nachgewiesen werden. Dem zentralen Standort Wien wird auch in Zukunft eine wesentliche Bedeutung bei der Bekämpfung der Spionage zukommen. Laut BVT-Chef Polli "ist damit zu rechnen, dass kurzfristig die Anzahl ausländischer Nachrichtendienstmitarbeiter nicht abnehmen wird".

Wirtschaftsspionage

Im vergangenen Jahr wurde bei den Sicherheitsbehörden keine Anzeige wegen Wirtschaftsspionage erstattet. Der Grund dafür dürfte auch darin liegen, dass betroffene Unternehmen einen Image- und Vertrauensverlust befürchten. Um den Schaden für österreichische Unternehmen durch Wirtschaftsspionage zu verringern, müssen Aufklärungs- und Präventivmaßnahmen verstärkt fortgeführt werden, betont Polli: "Die Sicherheitsbehörden sind auch in den kommenden Jahren an einer intensivierten Kooperation mit der Wirtschaft interessiert und bieten Unternehmen nach § 55a Sicherheitspolizeigesetz Sicherheitsüberprüfungen an."

Proliferation

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen eine neue Dimension erhalten. Der Verbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen, dazugehörenden Trägersystemen und dessen Know-how muss mit enger internationaler Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden entgegengesteuert werden. Im Jahr 2002 wurden Lieferungen österreichischer Unternehmen in proliferationsrelevante Länder stichprobenartigen Kontrollen unterzogen. Sie verliefen negativ. Laut Polli ist ein Anstieg der Zahl der Anzeigen "aufgrund der bereits hohen Sensibilisierung der österreichischen Unternehmen im Bereich Proliferation nicht zu erwarten".

Staatsschutzrelevante Bereiche der organisierten Kriminalität

Der staatsschutzrelevante Bereich der organisierten Kriminalität beschränkt sich auf die Bekämpfung des illegalen Handels mit Waffen, Schiess- und Sprengmitteln sowie Kriegsmaterial und die Bekämpfung der Nuklearkriminalität.

Die österreichischen Sicherheitsbehörden beschlagnahmten im Vergleich zu 2001 eine tendenziell gleichbleibende Anzahl von Waffen-, Schieß- und Sprengmitteln bzw. Kriegsmaterial. Auch in Zukunft wird der Bedarf an konventionellen Waffen nicht sinken. Österreich wird erfahrungsgemäß wegen seiner geografischen Lage als Transitland und den damit verbundenen Waffenschmuggelaktivitäten auch in den kommenden Jahren weiterhin von Bedeutung bleiben. Im Berichtsjahr 2002 wurde im Waffengesetz im Hinblick auf illegale Handlungen mit einer größeren Anzahl von Schusswaffen oder Kriegsmaterial der Strafraum auf maximal zwei Jahre Freiheitsstrafe erhöht.

Nach der Statistik der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) waren die weltweiten Aufgriffe von nuklearen und radioaktiven Substanzen im Jahr 2002 rückläufig. Unter den beschlagnahmten Stoffen waren auch Substanzen, die zur Herstellung einer "schmutzigen Bombe" geeignet sind. In Österreich wurde im Jahr 2002 kein derartiges Material sichergestellt. "Das ist nicht zuletzt auf die Präventivmaßnahmen und Kontrollen zur Verhinderung von Nuklearkriminalität zurückzuführen", erklärt Polli.

Personen- und Objektschutz

Die internationale Bedrohungslage sowie die Ausweitung der Besuchsdiplomatie erforderten im Jahr 2002 verstärkte Maßnahmen im Bereich des Personen- und Objektschutzes. Neben der quantitativen Zunahme war aufgrund der international angespannten Situation auch ein qualitativer Mehrwert der Maßnahmen notwendig. BVT-Direktor Polli erwartet eine weitere Zunahme der Personen- und Objektschutzmaßnahmen.

Verfassungsschutzbericht im Internet: <http://www.bmi.gv.at/> ("Publikationen ")

Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT)

Die im September 2001 eingeleitete erste Phase der Reform des staatspolizeilichen Dienstes ist 2002 erfolgreich abgeschlossen worden. Mit 1. Dezember 2002 sind die beiden Staatsschutzabteilungen im Innenministerium und der Aufgabenbereich der Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus in das neu geschaffene Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) übergeführt worden. Die 22 regional verteilten staatspolizeilichen Abteilungen der Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeidirektionen sind in neun Landesämter für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) zusammengefasst worden. Ab 2004 soll mit der Herausnahme des Verfassungsschutzes aus der regionalen Behördenstruktur die Reform finalisiert werden.

Durch die bundesweite Konzentration des Staatsschutzes und eine Bündelung der Ressourcen konnten bereits eine wesentliche Effizienzsteigerung in den Strukturen, eine bessere Nutzung der Ressourcen und die Straffung der Verwaltungsabläufe im Sinne einer modernen Ablauforganisation erreicht werden.

Mit dem BVT ist ein zeitgemäßes Instrument geschaffen worden, in dem Elemente eines zivilen Nachrichtendienstes mit sicherheitspolizeilichen Aufgaben zusammengeführt worden sind. Der präventive Staatsschutz konnte durch das Element der Analyse ausgebaut werden.